



Merkblatt
zur erleichterten Einbürgerung unehelich geborener Kinder
deutscher Väter und ausländischer Mütter,
die vor dem 01. Juli 1993 geboren sind
gemäß § 14 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

- Für Personen, die im Ausland leben -

(Stand: April 2014)

Dieses Merkblatt bietet einen Überblick über die seit 2013 mögliche erleichterte Einbürgerung. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte direkt an das Bundesverwaltungsamt in Köln.

I. Wer kann erleichtert eingebürgert werden?

Das Bundesministerium des Innern hat seinen Erlass vom 28. März 2012 unter Bezugnahme auf die dort niedergelegten Erwägungen auf folgenden Personenkreis erweitert und auch für diesen eine privilegierte Einbürgerungsmöglichkeit geschaffen:

Personen, die vor dem 01.07.1993 als Kind eines deutschen Vaters und einer ausländischen Mutter unehelich geboren sind, soweit

a) der Vater am Tag der Geburt

- im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit war
- oder
- einen Anspruch auf Einbürgerung nach Art. 116 II GG gehabt hätte

und

b) die Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres nach deutschen Gesetzen wirksam erfolgt war.

Unter den nachfolgenden Voraussetzungen wird ein öffentliches Interesse an einer Einbürgerung bejaht. Unerheblich ist es, wenn frühere Einbürgerungsmöglichkeiten nicht genutzt wurden.

II. Unter welchen Voraussetzungen kann ich eingebürgert werden?

1. Unterhaltsfähigkeit

In der Regel ist es ausreichend, wenn Sie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, das für den Lebensunterhalt in Ihrem Aufenthaltsstaat ausreicht und insoweit auch die Kosten im Krankheitsfall abgesichert sind. Darüber hinaus ist von Ihnen glaubhaft zu machen, dass bei einer möglichen Rückkehr nach Deutschland eine ausreichende Altersversorgung gewährleistet wäre.

2. Bindungen an Deutschland

Eine Einbürgerung setzt voraus, dass Sie über ausreichende Bindungen an Deutschland verfügen. Maßgebend sind insbesondere die folgenden Anknüpfungspunkte (hier dargestellt in der Reihenfolge ihrer Gewichtung):

- Beherrschen der deutschen Sprache
Deutsche Sprachkenntnisse sind durch eine Sprachprüfung, die in der Regel das Sprachniveau C1 entsprechend dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) ausweist, nachzuweisen. In Ausnahmefällen, insbesondere auch in den Fällen der Nr. 1 a) 2. Alternative, kann auch das Sprachniveau B1 ausreichen.
- Geburt in Deutschland
- Nahe Familienangehörige mit deutscher Staatsangehörigkeit
- Ausbildungs- oder Studienaufenthalte in Deutschland
- Besuch einer deutschen Schule (auch Auslandsschule)
- Aufenthalte in Deutschland
- Kontakte zu in Deutschland lebenden Personen
- Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland
Diese Kenntnisse werden in der Regel durch einen erfolgreichen Einbürgerungstest nachgewiesen.
- Mitgliedschaft in deutschen Kulturvereinen etc.
- Tätigkeit für deutsche Behörden, Unternehmen oder Organisationen

Im Rahmen einer Gesamtwürdigung der Bindungen können einzelne nicht vorhandene oder nur schwach ausgeprägte Anknüpfungspunkte durch andere, besonders stark ausgeprägte Bindungsfaktoren ausgeglichen werden. Machen Sie daher möglichst umfangreiche Angaben im Antrag.

3. Straffreiheit

4. Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

III. Muss ich meine aktuelle Staatsangehörigkeit mit der Einbürgerung aufgeben?

Nein. Die Einbürgerung auf Grundlage der vorgenannten Kriterien erfolgt in der Regel unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit.

IV. Können meine minderjährigen Kinder mit eingebürgert werden?

Ja. Minderjährige Kinder können zusammen mit dem Einbürgerungsbewerber eingebürgert werden, wenn er für das Kind sorgeberechtigt ist und mit ihm eine familiäre Lebensgemeinschaft besteht. Hierbei genügt es, wenn sich das Kind ohne nennenswerte Probleme in Alltagsleben in deutscher Sprache mündlich verständigen kann und der Erwerb ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache gewährleistet ist.

V. Wie und wo kann ich den Antrag stellen?

Bitte reichen Sie Ihren Einbürgerungsantrag bei der für Ihren Wohnort zuständigen Auslandsvertretung ein. Dort erhalten Sie auch das Antragsformular, das Sie auch von unserer Internetseite (www.bundesverwaltungsamt.de) herunterladen können (Stichwort: Themen > Staatsangehörigkeit > Einbürgerung > Ermessenseinbürgerung).

Bei der Auslandsvertretung werden Ihre Angaben und Unterlagen geprüft und anschließend zusammen mit einer Stellungnahme an das Bundesverwaltungsamt versandt. Die deutsche Auslandsvertretung ist neben dem Bundesverwaltungsamt auch Ihr Ansprechpartner, wenn Sie weitere Fragen haben.

VI. Welche Unterlagen sind im Einzelnen erforderlich?

- Ausgefüllter und unterschriebener Formantrag
- Beglaubigte Kopie der Geburtsurkunde; ggf. des Vaterschaftsanerkenntnis oder der Vaterschaftsfeststellung; der Heiratsurkunde, der Nachweise zu eventuellen Namensänderungen
- Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit des Vaters zum Zeitpunkt der Geburt des Antragstellers
- In deutscher Sprache verfasster tabellarischer Lebenslauf
- Beglaubigte Kopie der wesentlichen Seiten der Identitätspapiere (Pass/Personalausweis)

- Nachweise über die Einkommens- bzw. Vermögensverhältnisse, das Bestehen einer Krankenversicherung sowie Angaben zur Altersversorgung

Im Hinblick auf die geforderten Bindungen an Deutschland (siehe Punkt II.2) sollen in der Regel folgende Unterlagen vorgelegt werden:

- Die deutsche Staatsangehörigkeit naher Familienangehöriger kann durch Kopien der Geburtsurkunden und Kopien der entsprechenden Seiten des deutschen Passes nachgewiesen werden. Angaben aus früheren Einbürgerungs- oder Feststellungsverfahren beim Bundesverwaltungsamt werden automatisch zugezogen.
- Aufenthalte in Deutschland können durch die Aufenthaltstitel nachgewiesen werden.
- Der Besuch einer deutschen Schule ist durch Zeugnisse nachzuweisen.
- Die Mitgliedschaft in Vereinen ist durch Bestätigungen und die Tätigkeit für einen deutschen Arbeitgeber durch Kopie des Arbeitsvertrages nachzuweisen.

VII. Welche Gebühren werden erhoben?

Das Verfahren ist gebührenpflichtig.

Die Gebühr für eine Einbürgerung beträgt grundsätzlich 255,00 EUR je volljährige Person. Für ein miteingebürgertes Kind beträgt sie je 51,00 EUR. Die Gebühr für eine ablehnende Entscheidung beträgt 191,00 EUR bzw. für ein Kind 38,00 EUR.

Die Gebühr wird mit der Entscheidung über den Antrag erhoben. Bitte zahlen Sie erst, wenn Sie dazu aufgefordert werden.

VIII. Kontaktdaten:

Postanschrift

Bundesverwaltungsamt
50728 Köln
Deutschland

Besucheranschrift

Eupener Straße 125
50933 Köln-Braunsfeld

Mailadresse

staatsangehoerigkeit@bva.bund.de

Telefonnummern

+49 (0)228 99-358-4485 oder +49 (0)221-758-4485 (Allgemeiner Auskunftsdienst)
zu unseren Servicezeiten Montag – Freitag 8:00 Uhr – 16:30 Uhr

Faxnummern +49 (0)228 99 358-2846 oder +49 (0)221 758-2846